

Pro Rauchfrei e.V. · Gärtnerstraße 62b · 80992 München

Staatsanwaltschaft Hannover

Volgersweg 67
30175 Hannover

Bearbeitungsnr.: 03-2007-02-1
Bearbeiter: Sigg Ermer
089 9236 7775
siggi.ermer
@pro-rauchfrei.de

Datum: 02.04.2007

.....

Strafanzeige gegen Herrn Ministerpräsidenten Christian Wulff wegen aller in Betracht kommenden Delikte, insb. §§ 331, 332 StGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

.....

hiermit möchten wir Herrn Christian Wulff wegen aller in Betracht kommenden Delikte zu nachfolgendem Sachverhalt anzeigen, insbesondere wegen Vorteilsannahme nach § 331 StGB und Bestechlichkeit nach § 332 StGB.

Die Strafbarkeit des Beschuldigten Herrn Christian Wulff ergibt sich aus folgendem Sachverhalt:

Herr Christian Wulff ist Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und in dieser Eigenschaft verantwortlich für alle Vorkommnisse im Zusammenhang mit der politischen Führung des Landes.

In seiner Eigenschaft als Ministerpräsident hat er es geduldet und sogar gefördert, dass die Tabakindustrie, insbesondere der Verband der Cigarettenindustrie (VdC), jahrelang Veranstaltungen des Landes mitfinanziert hat. Zuletzt wurde das Sommerfest 2006 der Niedersächsischen Landesvertretung in Berlin mit ca. 2500 Euro gesponsert und auch das Sommerfest 2007 soll vom VdC bezuschusst und für dessen Interessen durch Verteilung von Gratiszigaretten geworben werden.

Beweis:

1. Eine parlamentarische Anfrage der Landtagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag hat ergeben, dass in der Amtszeit von Herrn Wulff in mindestens 14 Fällen Veranstaltungen des Landes Niedersachsen finanziell durch die Tabaklobby unterstützt wurden.
2. Bericht über das Sommerfest 2006 auf der Internetseite http://www.niedersachsen.de/master/C22796506_L20_DO_I484_h1.html
Dort heißt es u.a.: „Die Raucher werden sich über das Tabakangebot des Verbandes der Cigarettenindustrie freuen ...“
3. Aussage von Regierungssprecher Andreas Krischat, dass der Verband der Cigarettenindustrie das Sommerfest der niedersächsischen Landesvertretung in Berlin 2006 mit einer Geldspende in Höhe von 2.500 Euro unterstützt hat. Das soll auch in 2007 wieder der Fall sein. (Bericht der Bild am Sonntag vom 1.4.2007 und des Weserkuriers)

Diese Unterstützung ist gerade deshalb von Bedeutung, weil Herr Wulff gezielt gegen die Vereinbarung der Ministerpräsidenten vom 22.3.2007 verstößt, einen umfassenden Schutz der Nichtraucher in allen gastronomischen Betrieben zu gewährleisten. Für Niedersachsen schließt er gesetzliche Regelungen aus. Er will es den Gastwirten selbst überlassen, ob sie sich als Raucher- oder Nichtrauchergaststätte deklarieren wollen. Damit wird weder das beschäftigte Personal noch die Kundschaft vor dem gefährlichen Passivrauch geschützt, der allein in Deutschland jährlich 3.300 Todesopfer fordert (siehe Studie des Deutschen Krebsforschungsinstituts in Heidelberg (DKFZ))

Allein der gesunde Menschenverstand verbietet es bei diesem Gefahrenpotential, einen Nichtraucherschutz nicht zu gewährleisten. Es ist oberste Aufgabe eines Staates, seine Bürger vor Gesundheitsgefahren zu schützen. Wenn dies Herr Wulff ablehnt, dann liegt es nahe, dass andere Gründe (finanzielle) seine Entscheidung und die seines Kabinetts beeinflussen. Bei dem massiven zeitlichen Umfang und der Häufigkeit von finanziellen Zuwendungen durch die Zigarettenindustrie liegt es nahe, dass Herr Wulff sich in seiner Entscheidung von den Interessen der Zigarettenindustrie hat leiten lassen. Der VdC lehnt ein Rauchverbot in Gaststätten ab.

Damit steht unserer Meinung nach fest, dass sich der Beschuldigte der Vorteilsannahme und Bestechlichkeit schuldig gemacht hat. Wir bitten daher um die Aufnahme der Ermittlungen und die Erhebung der öffentlichen Anklage.

Mit freundlichen Grüßen



Dipl.-Kfm. Sigi Ermer
Vorstandsvorsitzender
Pro Rauchfrei e.V.
Lobby der Nichtraucher



Axel Napolitano
Stellvertretender Vorsitzender
Pro Rauchfrei e.V.
Lobby der Nichtraucher